

1934 - 1945

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 5—6

Mai/Juni 1972

2 Schilling

Nach dem Parteitag

Als wir daran erinnert haben, daß unserem Parteiprogramm 1958 eine Diskussion auf breitester Grundlage vorausgegangen war, daß dem Programm für Österreich Diskussionen vorausgegangen sind, von denen wir gesagt haben, daß die alte Klarheit über unsere Ziele wiederhergestellt worden wäre, da waren wir überzeugt, daß auch die nun schon seit dem Herbst des vorigen Jahres eingeleitete jetzige Diskussion zu neuen Erkenntnissen und Beschlüssen führen sollte. Und innerhalb unserer Partei wurde immer mehr davon gesprochen, daß der Parteitag 1972 in Villach die ideologische Standortbestimmung der österreichischen Sozialisten vornehmen werde.

Vom Beginn dieses Jahres an wurde die Diskussion in der „Zukunft“ sehr gründlich geführt, und im Jänner-Heft 1972 erschien zur Einleitung einer Artikelserie der Aufsatz unseres Genossen Kreisky unter dem Titel „Zum Parteitag“, der erst recht zur Intensivierung der Diskussion beitragen sollte. Aber es war ganz klar, daß die geführten Diskussionen bis zum Parteitag in Villach nicht zu einem Abschluß gebracht werden konnten. Aus dieser Erkenntnis heraus haben die sozialistischen Freiheitskämpfer auch beschlossen, einen Antrag an den Parteitag zu stellen, daß die Diskussion über den ideologischen Standort der SPÖ weitergeführt werde. Diese Tatsache allein begründet schlüssig, daß Befürchtungen laut geworden waren, auf dem Parteitag in Villach werde es möglicherweise zu Empfehlungen oder gar zu Beschlüssen kommen, die noch nicht gründlich und auf breitester Basis in allen Parteiorganisationen durchdiskutiert worden sind.

Nun, Villach hat bewiesen, daß diese Befürchtungen, einer ernsten Voraussicht entsprungen, nun doch nicht begründet gewesen sind. Genosse Kreisky selbst hat auf dem Parteitag aus dem Parteiprogramm von 1958 zitiert: Der Sozialismus ist eine internationale Bewegung, die keineswegs eine starre Gleichförmigkeit der Auffassungen verlangt. Und er hat das gemeinsame Ziel, eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Friedens, über dogmatische Thesen gestellt. Es ist damit unbestritten, und auch gar nicht mehr in Frage gestellt worden, daß die Sozialistische Partei über die Tagesarbeit hinaus bemüht und bestrebt ist, solche Reformen durchzuführen, die die Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung, die Überwindung des Kapitalismus und die demokratische Neugestaltung der Gesellschaft im Sinne des Sozialismus herbeiführen. Wenn es also tatsächlich zuwenig „ideologische“ Diskussionen gegeben haben sollte — und dafür gibt es ebenso zahlreiche echte Gründe wie falsche Vermutungen —, dann ist es unter dem eben erwähnten Gesichtspunkt weder notwendig noch nützlich, jetzt, nach Villach, etwa behaupten zu wollen, es habe von vornherein eigentlich gar nicht die Absicht bestanden, den ideologischen Standpunkt der Partei in der heutigen Zeit tatsächlich einer Prüfung und wenn nötig auch einer Revision zu unterziehen. Die Konfrontation der Tagesarbeit der sozialistischen Regierung mit den sozialistischen Grundsätzen unseres Parteiprogramms konnte in Villach wohl kaum zu anderen Standpunkten führen, weil dafür die zeitlichen Voraussetzungen noch nicht gegeben waren.

So werden von dem historischen Parteitag 1972 viele Impulse ausgehen, und wir werden noch lange darauf zurückkommen. Die vor Villach in Aussicht gestellte Grundsatzdiskussion wird jetzt, nach Villach, erst richtig in Schwung kommen. Sie darf aber nicht um ihrer selbst geführt werden, und sie darf nicht um eines einzigen Zieles willen allein in Permanenz erklärt werden. Permanenz in der Diskussion — ja! Aber Permanenz, bezogen auf das Verfahren, nicht jedoch auf jedes einzelne Diskussionsthema. Nach einer Entscheidung, die getroffen wird und getroffen werden muß, hat die Diskussion um ein neues Thema zu beginnen! Nur so soll ihre Permanenz verstanden sein.

Permanente Diskussion

Unsere Anträge zum Parteitag 1972

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer hat zum Parteitag 1972 drei Anträge und zwei Resolutionen vorgelegt, die wir in der vorigen Nummer unserer Zeitung* veröffentlicht haben. Auf dem Parteitag in Villach hat unser Delegierter Genosse Josef Hindels auch zu diesen Anträgen gesprochen.

Sowohl unsere Anträge als auch die beiden Resolutionen waren im Antragsheft zum Bun-



*Der Finanzminister,
Genosse
Hannes Androsch,
kurz bevor er das
Wort zu seinem
Referat ergriff.*

desparteitag enthalten. Und zwar hatten unser Antrag 1: „Festhalten an den sozialistischen Grundsätzen“ die Nummer 24, unser Antrag 2: „Verbot der „National-Zeitung““ die Nummer 23, der Antrag 3: „Neuregelung der Entschädigungsfragen nach dem Kreuznacher Übereinkommen“ die Nummer 22 im Antragsheft erhalten, während die Resolutionen 4 und 5 unter den Nummern XI und XII im Antragsheft enthalten waren.

Da bei der Beschlußfassung über die Anträge und Resolutionen nach dem Antragsheft vorgegangen wurde, ist unser Antrag 2, der sich mit dem Verbot der „National-Zeitung“ befaßt hat, zuerst an die Reihe gekommen**. Dieser Antrag wurde jedoch von der Antragsprüfungskommission für politische, wirtschaftliche und kulturelle Anträge vollkommen neu formuliert, so daß er an Stelle unseres ursprünglichen Antragstextes zur Beschlußfassung vorgelegt wurde. Als neuer Antrag 23 der Antragsprüfungskommission hatte er demnach folgenden Wortlaut:

Der Bundesparteivorstand unterstützt die Bemühungen der Sicherheitsbehörden und der Justiz, gegen faschistische Tendenzen und Aufreizung zum Rassentum und Nationalitätenhaß energisch einzuschreiten.

Der Parteitag erwartet, daß im Rahmen der demokratischen Rechtsordnung weiterhin alles unternommen wird, um die Österreicher, und insbesondere die Jugend, vor solchen Ideen zu schützen.

In diesem Sinne begrüßt der Parteitag die Ratifizierung der Konvention gegen rassische Diskriminierung durch Österreich und die Aufnahme einer Strafbestimmung gegen Verhetzung im Strafgesetz.

Dieser neue Text aber wurde gleichzeitig als Ersatz für die Anträge 40 und 41 der Bezirksorganisation Döbling, den Antrag 33 der Be-



*Minister
Lütgendorf,
Regierungsmitglied,
als Gast auf
dem Parteitag.*

zirksorganisation Fünfhaus und unsere eigene Resolution Nr. 4 (Resolution Nr. XII des Antragsheftes) angenommen.

Während unsere Anträge und die betroffene Resolution unseren Genossen bekannt sind, seien hier zur Information die Texte der Anträge der Bezirksorganisationen Fünfhaus und Döbling wiederholt:

Bezirksorganisation Fünfhaus (Antrag Nr. 33):

Der Parteitag 1970 hat den Klub der sozialistischen Abgeordneten und die Bundesregierung aufgefordert, geeignete Maßnahmen gegen den Vertrieb der aus der deutschen Bundesrepublik importierten „National-Zeitung“ zu treffen.

Obwohl es durch die politische Kräfteverschiebung in Österreich seit der Möglichkeit zur Verwirklichung des Parteitagbeschlusses gegeben hätte, kann diese gegen die Interessen der österreichischen Demokratie gerichtete Zeitung ihr Verhetzungswerk unbehindert fortsetzen.

Der Parteitag erneuert daher seinen Beschluß und fordert den Klub der sozialistischen Abgeordneten und die Bundesregierung auf, ein Einfuhr- und Vertriebsverbot für die „National-Zeitung“ durchzusetzen.

*Genosse Josef
Hindels bei seinem
Diskussionsbeitrag,
bei dem er unter
anderem auch zu den
Anträgen der
sozialistischen
Freiheitskämpfer
sprach.*

* Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 3—4, März-April 1972, Seite 6.

** Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 3—4, März-April 1972, Seite 6.



Das Präsidium des Parteitages während der Ansprache des Genossen Hans Sima. Auffällig war, daß keinerlei Parteisymbole mehr auf dem schwarzen Hintergrund angebracht waren: Es gab weder drei Pfeile noch die rote Nelke oder das Parteiabzeichen.

Bezirksorganisation Döbling (Antrag Nr. 40):

In Österreich wird von den Unbelehrbaren eine systematische Hetze gegen die Gastarbeiter getrieben, wobei die neonazistische NDP eine führende Rolle spielt. Die von den Angehörigen dieser Partei verbreitete Parole „Tschuschen raus!“ ist ein Appell an die niedrigsten Instinkte des Nationalismus und des Rassismus.

Der Parteitag erwartet, daß die Sicherheitsbehörden gegen die Unbelehrbaren energisch einschreiten.

Bezirksorganisation Döbling (Antrag Nr. 41):

Der Parteitag 1970 hat einstimmig einen Antrag beschlossen, in dem es heißt: „Der Parteitag beauftragt den Klub der sozialistischen Abgeordneten und die Bundesregierung, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Einfuhr und den Vertrieb der ‚National-Zeitung‘ zu verhindern.“

Seit diesem Beschluß der höchsten Körperschaft der SPÖ ist nichts gegen die „National-Zeitung“ unternommen worden, obwohl dieses ausländische Presseorgan, das eine eigene Österreich-Ausgabe hat, weiterhin faschistisches, rassistisches und großdeutsches Gedankengut verbreitet, die Widerstandskämpfer beleidigt, die Verbrechen des Faschismus beschönigt.

Der Parteitag appelliert daher erneut an den Klub der sozialistischen Abgeordneten und die Bundesregierung, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Einfuhr und die Verbreitung dieses neonazistischen Presseorgans zu verhindern.

Dieser neue Resolutionstext, der nun an Stelle unseres Antrages 2 zum Beschluß erhoben wurde, kann von allen Genossinnen und Genossen mit unserem ursprünglichen Antragstext verglichen werden.

Unser Antrag 3, der sich mit dem Kreuznacher Übereinkommen befaßt hat, wurde mit

geringfügigen textlichen Änderungen angenommen, ebenso hat unsere Resolution 5 „Freiheit für das griechische Volk!“ die Billigung des Parteitages gefunden.



Meine Vorstellung von Demokratie geht dahin, daß unter diesem System der Schwächste die gleichen Möglichkeiten haben muß wie der Stärkste.

Mahatma Gandhi

Faschismus in der Gegenwart

Auszug aus einem Referat über „Faschismus in der Gegenwart“, gehalten am 13. Februar beim Antifaschistischen Seminar der sozialistischen Freiheitskämpfer.

Wenn man über den Faschismus in der Gegenwart spricht, müßte man mit einer Definition des Faschismus beginnen. Eines der wichtigsten Merkmale des Faschismus ist, daß er extrem antidemokratisch ist; er versucht die Demokratie völlig zu zerstören. Zum Wesen des Faschismus gehört ein grenzenloser Haß gegen die Arbeiterbewegung, und zwar gegen alle Teile der Arbeiterbewegung. Der Faschismus strebt die Zerschlagung der gesamten Arbeiterbewegung an. Zum Faschismus gehört weiters ein unglaubliches Maß an sozialer Demagogie, indem er an die antikapitalistische Sehnsucht der Massen anknüpft.

Der Faschismus ist „nationalistischer“ als die gewöhnlichen Nationalisten. Charakteristisch für den Faschismus ist auch, daß er im politischen Kampf versucht, physischen Terror anzuwenden. Sein Ziel ist es, zur Macht zu kommen und eine Diktatur zu errichten, in der ausschließlich die Faschisten das Recht auf politische Meinungsäußerung haben. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß der Faschismus in allen Ländern auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung eine sehr enge Beziehung zu einflußreichen Kreisen des Kapitals hat.

Der große Historiker und Romanschriftsteller Ignazio Silone hat mit Recht in seinem Werk über den Faschismus den Satz geprägt: „Der Faschismus ist nicht vom Himmel gefallen.“ Er hat tiefliegende sozialökonomische Wurzeln und hat sich überall auf den lange vor ihm bestehenden Nationalismus gestützt. Ebenso hat er sich überall auf die Ideologie des Militarismus gestützt. Der Faschismus hat die Funktion erfüllt, dann in Erscheinung zu treten, wenn sich das kapitalistische System ernsthaft gefährdet fühlt.

Man bezeichnet den Faschismus heute als Neofaschismus oder in Österreich und Deutschland als Neonazismus. Worin besteht nun das „Neue“ am Faschismus der Gegenwart? Der Faschismus zieht, wo er heute in Erscheinung tritt, auch junge Menschen in seinen Bann. Er versucht sich den veränderten Verhältnissen anzupassen, sich sogar etwas vom Faschismus abzugrenzen.

Bevor wir aber die Erscheinungen innerhalb Österreichs betrachten, zuerst doch der Hinweis auf Erscheinungen außerhalb Österreichs. Denn man darf nicht in den provinzialistischen Fehler verfallen, alle politischen Fragen immer nur unter dem Gesichtspunkt des eigenen Landes zu betrachten.

In Spanien gibt es noch jenes Regime Francos, das 1939 mit Hilfe von Hitler und Mussolini nach dem 3jährigen, blutigen Bürgerkrieg zur Macht gebracht wurde. Dieses faschistische Regime hat sich verändert. Es sieht heute nicht mehr so aus, wie im Jahre 1939, als es zur Macht gekommen ist. Das Regime ist schwächer geworden. Es gibt heute in Franco-Spanien eine gewaltige Bewegung gegen das Regime. Madrid ist aber auch ein Zentrum internationaler faschistischer Kräfte.

In Portugal haben wir es mit einem Regime zu tun, das wir vielleicht nicht als voll-, aber doch als halbfaschistisch bezeichnen können. Schließlich haben wir die Diktatur in Griechenland, von der wir wissen, daß sie erst 1967 errichtet worden ist. Hier haben wir es mit einem europäischen Land zu tun, das der Verteidigungsgemeinschaft des Westens, der NATO angehört, das gigantische amerikanische Kredite und amerikanische Militärhilfe bekommt, in dem es bis zum heutigen Tag ein faschistisches Regime gibt, mit allem, was dazu gehört.

Außer diesen Ländern, in denen der Faschismus an der Macht ist, haben wir eine sehr starke neofaschistische Bewegung in Italien. Es hat dort einen faschistischen Putschversuch gegeben, der allerdings verhindert werden konnte. Innerhalb der Neofaschisten hat sich eine Gruppe gebildet, die sich „Kampfgruppe Benito Mussolini“ nennt und die sich völlig auf Sprengstoffattentate und Überfälle auf einzelne Funktionäre der

Arbeiterbewegung spezialisiert hat. Untersuchungen haben gezeigt, daß Großindustrielle dieser neofaschistischen Terrorgruppe zwar nicht direkt, sondern über Mittelsmänner große Geldbeträge zukommen ließen.

Wir haben in Deutschland eine faschistische Gefahr, repräsentiert durch die NPD und durch eine große Anzahl von neofaschistischen Zeitungen, Zeitschriften und Büchern. Die bekannteste Zeitung ist die „National-Zeitung“, die eine eigene Österreichausgabe hat. Es gibt außerdem heute in Deutschland eine Aktion „Nationaler Widerstand“, die sich vor allem gegen die Ostpolitik der Regierung Brandt wendet. Die Parole, die am häufigsten gerufen wird, lautet: „Brandt an die Wand“ — also eine ausgesprochene Morddrohung. Es gibt faschistische Tendenzen auch außerhalb Europas, in Amerika, Südafrika, Rhodesien und in einer Reihe lateinamerikanischer Staaten.

In Österreich besteht die faschistische Gefahr zunächst darin, daß es keine ehrliche Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit gegeben hat. Es bestehen sehr starke Tendenzen, einen „Schlußstrich“ unter die Vergangenheit zu ziehen. In den Schulen erfahren die jungen Menschen fast nichts über das, was der Faschismus verbrochen hat.

Dafür gibt es psychologische Gründe. In der Bevölkerung ist der Prozentsatz der Menschen, die bewußt den Faschismus erlebt haben, verhältnismäßig hoch. Viele dieser Menschen haben das faschistische Regime begeistert begrüßt, als es an die Macht kam, ihm gedient, wenn auch vielleicht in der letzten Phase recht unwillig. Manche Menschen dieser Generation haben nicht den Mut, einzugestehen, wo sie damals gestanden haben: Die Jungen sollen davon nichts erfahren.

Das Verdrängen der Vergangenheit ist deshalb so gefährlich, weil ein neuer Faschismus dann größere Möglichkeiten hat, wenn die Menschen nicht wissen, wohin der Faschismus schon einmal geführt hat. Das ist auch einer der Gründe, warum die Sozialistischen Freiheitskämpfer immer wieder Wert darauf legen, an diese schrecklichen Dinge zu erinnern.

In Österreich gibt es die NDP des Norbert Burger. Sie ist eine sehr kleine Gruppe, die bei Wahlen nicht die geringste Chance hat. Die Gefahr der NDP besteht darin, daß sie durch ihre Aktionen Menschen beeinflusst, die man als anfällig bezeichnen müßte.

Wir haben auch eine große Zahl von Organisationen, die man zwar nicht als faschistisch bezeichnen kann, bei denen aber faschistische Tendenzen vorhanden sind: den Kameradschaftsbund und die Soldatenbünde, den Österreichischen Turnerbund. Wir haben faschistische Tendenzen ohne Zweifel auch in der FPÖ. Und das gleiche gilt für den rechten Flügel der ÖVP.

Für Österreich ist ferner bezeichnend, daß die bestehenden Parteien einschließlich unserer eigenen Partei weitgehend unterwandert worden sind.

Die Entstehung des Faschismus hängt eng mit der Entwicklung des kapitalistischen Systems zusammen. Es gibt im Kapitalismus immer wieder ernste Krisenerscheinungen. Es muß daher zumindest mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß in einer kritischen Lage, bei der die Existenz des Kapitalismus auf dem Spiele steht, der Faschismus wieder an die Macht kommt; oder zumindest die Demokratie gefährdet.

Die Gefahr besteht auch darin, daß es faschistische oder faschistoide Kräfte gibt, die auf die bestehenden Parteien und Regierungen einen entsprechenden Druck ausüben und sie nach rechts drängen.

Deshalb muß, wer in der Partei, in der Gewerkschaft, in der sozialistischen Jugendorganisation tätig ist, dafür sorgen, daß ein Problembewußtsein im Zusammenhang mit dieser Gefahr entsteht.

Wenn es unseren Genossen bewußt wird, daß es eine faschistische Gefahr gibt, dann ist es wesentlich leichter, Methoden zu finden, um dagegen anzukämpfen, um den Anfängen rechtzeitig zu wehren.

22. Novelle zum Opferfürsorgegesetz

Eine Jubiläumsausgabe

Am 4. Juli 1947 ist das Opferfürsorgegesetz in Kraft getreten. Seither sind 25 Jahre vergangen, und wir halten bereits bei der 22. Novelle zu diesem Gesetz.

Wir werten die 22. Novelle als eine Jubiläumsausgabe; enthält sie doch wichtige Verbesserungen, welche die Opferverbände seit Jahren vergeblich gefordert haben! Wir haben wiederholt über unsere offenen Fragen in unserer Zeitung berichtet, wir haben über die Verhandlungen geschrieben, bei denen wir viel Entgegenkommen beim Sozialminister, unserem Genossen Häuser, gefunden haben, und in der letzten Nummer unserer Zeitung* haben wir den Entwurf der 22. Novelle zum OFG ausführlich behandelt.

Nun ist am 26. April 1972 die Entscheidung gefallen, denn an diesem Tage wurde die Novelle im Nationalrat beschlossen. Wir wiederholen die wichtigsten Änderungen und führen auch die Verbesserungen der Rentenleistungen an, welche die Novellierung des Kriegsoferversorgungsgesetzes bringt, das auch auf die Opfer Anwendung findet.

Erhöhung der Renten ab 1. Juli 1972

a) Opferrente Minderung der Erwerbsfähigkeit	ab 1. 7. 1972	
	von	auf
	Schilling	
30 Prozent	101	125
40 Prozent	137	167
50 Prozent	358	371
60 Prozent	470	386
70 Prozent	736	762
80 Prozent	945	978
90/100 Prozent	1547	1601

b) Die Alterszulage wird von 64 auf 66 S erhöht.

c) Hinterbliebenenrente von 415 auf 445 S.

d) Unterhaltsrente

	von	auf
für Opfer	2349.—	2513.—
für Opfer, die für eine Ehefrau oder Lebensgefährtin zu sorgen haben	2763.—	3151.—
für Hinterbliebene	1934.—	2069.—
Beihilfen für Witwen, Lebens- gefährtinnen und Waisen	1289.30	2069.—

Das Leben im Verborgenen

Menschen, die aus Gründen der politischen, rassischen oder religiösen Gründen verfolgt wurden und im Verborgenen leben mußten, können nach den neuen Bestimmungen folgende Ansprüche stellen:

- auf den Opferausweis, wenn das Leben im Verborgenen mindestens sechs Monate gedauert hat;
- auf Entschädigung in der Höhe von 350 S für jeden Monat, den sie als „U-Boot“ leben mußten;
- die Bestimmung „menschunwürdige Bedingungen“ ist gefallen.

Weitere Verbesserungen

Gewährung eines Zuschusses für Empfänger einer Unterhaltsrente für Diätverpflegung bei Zuckerkrankheit, chronischen Erkrankungen des Magens, der Gallenblase und des Darmes oder der Leber.

Gewährung des Erziehungsbeitrages auch über das 18. Lebensjahr hinaus.

Die Haftentschädigung erhalten Eltern auch dann, wenn sie vom Opfer nicht überwiegend erhalten wurden.

Der Anspruch auf die Mindestentschädigung von 10.000 S wird Witwen (Lebensgefährtinnen) nunmehr zubilligt, wenn das Opfer im Freiheitskampf gefallen ist.

Keine Anrechnung von Beschädigtenrenten aus der Kriegsoferversorgung auf die Unterhaltsrente.

Bei Ansuchen um Gewährung eines Härteausgleiches entscheidet der Bundesminister für soziale Verwaltung nach Anhörung der Opferfürsorgekommission.

Änderungen von Verfahrensbestimmungen

Darüber werden wir ausführlich in der nächsten Nummer unserer Zeitung berichten.

Genosse Otto Skritek zur 22. Novelle

Auszugsweise bringen wir die eindrucksvolle Rede, die unser Genosse Otto Skritek anlässlich der Verabschiedung der 22. Novelle gehalten hat.

„Die Debatte hat sich bis jetzt lediglich auf die Novelle zum Kriegsoferversorgungsgesetz bezogen. Ich werde nun ganz kurz zur 22. Novelle zum Opferfürsorgegesetz das Wort ergreifen.

Es ist nicht das erste Mal, daß ich hier Gelegenheit habe, über die Forderungen der Opfer des Faschismus zu sprechen; es waren verschiedene Gelegenheiten hiezu bei Novellen und bei Budgetdebatten. Im Jahre 1969 habe ich einen Antrag eingebracht, der die noch offenen Forderungen der Opfer des Faschismus bei der damaligen Novelle zum Inhalt gehabt hat. Leider wurde dieser Antrag von der damaligen Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Ich muß überhaupt feststellen, daß zwar in den Opferverbänden auch die ÖVP-Kameradschaft gemeinsam mit den anderen Opferverbänden ein Forderungsprogramm erstellt, ich habe aber bisher immer vermissen müssen, daß aus dem Kreis der Österreichischen Volkspartei sich auch nur ein Redner für diese Programme, die ihre eigenen Organisationen mitbeschließen, hier eingesetzt hätte. Wir haben unter der Regierung der Österreichischen Volkspartei drei Novellen gehabt; sie haben wichtige Forderungen der Opfer des Faschismus nicht berücksichtigt. Bei solchen Novellen gab es immer die Erklärung des Ministers der ÖVP: Wir werden untersuchen, wir werden prüfen, wir werden erheben! und ähnliches. Bei der Novelle im Jahre 1969 — es war die 20. Novelle — kam es nicht einmal zu dieser Erklärung. Denn damals erklärte der Herr Staatssekretär Bürkle zum Schluß der Debatte: Eigentlich dürften ja die Opfer des Faschismus keine weiteren Ansprüche vorbringen, das sei schon alles erledigt.

Wir mußten in dieser Zeit mit Bedauern feststellen, daß für diesen relativ nicht sehr großen, aber, wie ich doch glaube, für Österreich sehr wichtigen Personenkreis selten Geld da war oder nur sehr wenig. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß die Entschädigungen, die in Österreich bezahlt werden, wesentlich unter den Beträgen liegen, die die deutsche Bundesrepublik für ihre Opfer des Faschismus gewährt.

Ich möchte mit Freude feststellen, daß sich mit Antritt der SPÖ-Regierung das Klima in dieser Frage der Entschädigung der Opfer des Faschismus wesentlich geändert hat.

Wir haben im November vorigen Jahres die 21. Novelle verabschiedet; ein erster Schritt, wobei mehrere Forderungen, die wiederholt im Hohen Hause vorgebracht worden sind, erfüllt wurden. Damals hat der Herr Sozialminister im Sozialausschuß versprochen, bei Vorhandensein der notwendigen Mittel weitere Forderungen zu erfüllen. Ich stelle mit großer Befriedigung hier fest, daß der Herr Sozialminister dieses Versprechen sehr rasch erfüllt hat und, wie ich glaube, in sehr weitgehendem Umfang den Wünschen der Opfer nachgekommen ist.

Die heute vorliegende 22. Novelle zum Opferfürsorgegesetz erfüllt, ich möchte sagen, viele Forderungen, die seit Jahren von den Opfern des Faschismus

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 3 bis 4, März-April 1972, Seite 14 ff.

vorgebracht und gemeinsam in den Opferverbänden beschlossen wurden.

Da ist einmal die materiell wichtigste Frage der Erhöhung der Unterhaltsrenten. Sie werden ab 1. Juli 1972 um 7 Prozent erhöht; sie wurden am 1. Jänner durch die Dynamisierung um 7 Prozent erhöht und werden am 1. Jänner 1973 durch die weitere Dynamisierung um 9 Prozent erhöht werden. Das bedeutet, daß diese Unterhaltsrenten, die ja nicht sehr hoch sind, im Abschnitt eines Jahres um 23 Prozent erhöht werden.

Eine besondere Verbesserung erfahren die Unterhaltsrenten jener Opfer, die gleichzeitig für einen Ehegatten zu sorgen haben. Sie werden ab 1. Juli um 14 Prozent erhöht. Es wird sich also innerhalb eines Jahres mit beiden Dynamisierungen eine Erhöhung um 30 Prozent ergeben.

Ich möchte auch die Verbesserung der Witwenbeihilfe und Waisenbeihilfe festhalten, die früher nur zwei Drittel der Unterhaltsrente für Hinterbliebene betragen haben und jetzt in der Höhe der vollen Unterhaltsrente gebühren.

Wir wollen festhalten, daß der Erziehungsbeitrag für Kinder in Angleichung an die Bestimmungen des Familienlastenausgleichsfonds über die Volljährigkeit hinaus gegeben wird, bis zum 26. Lebensjahr bei Ausbildung in Schule und Beruf und in Ausnahmefällen darüber hinaus.

Ich möchte dem Herrn Minister besonders auch dafür danken, daß er ein jahrelanges Anliegen betreffend die Bestimmungen bezüglich des Lebens im Verborgenen wesentlich verbessert hat; das ist bei Gewährung des Opferausweises die Streichung der Worte „Gebiet der Republik Österreich“. Damit sind auch die besetzten Gebiete eingeschlossen, das heißt, daß Menschen, die damals aus Österreich flüchten mußten und in einem besetzten Gebiet im Verborgenen lebten, einen Opferausweis erhalten.

Die zweite entscheidende Verbesserung betrifft die Streichung des Passus „menschunwürdige Bedingungen“ gleichfalls für den Personenkreis, der im Verborgenen lebte, als Bedingung für die Entschädigung. Es handelt sich hier um ein Anliegen, das immer wieder vorgebracht wurde. Diese Frage wurde im Gesetz einschränkend behandelt, weil man fürchtete, daß eine Überprüfung schwer sei. Es ist klar, daß die Tatbestände heute natürlich auch nicht leicht feststellbar sind. Aber es ist doch sicherlich nicht möglich, daß man diesen Menschen nur deswegen etwas vorenthält, weil Österreich fast 25 Jahre gebraucht hat, ihnen einen gesetzlichen Anspruch zu geben, und dann natürlich die Prüfung etwas schwieriger ist. Ich danke dem Herrn Minister, und ich glaube, die Betroffenen werden es auch zu schätzen wissen, daß die zwei Streichungen für diesen Personenkreis erfolgen konnten.

Wir haben Verbesserungen der Haftentschädigung für Eltern, wir haben die Mindestentschädigung für Witwen, wenn das Opfer im Freiheitskampf gefallen ist, und wir haben eine Neuerung, die auch sehr begrüßt wird: daß der Härteausschleissfonds vom Sozialministerium allein verwaltet wird und nicht mehr die Zustimmung des Finanzministeriums, die zwar oft gegeben wurde, aber die doch eine wesentliche Verzögerung bedeutet hat, notwendig ist.

Zum Schluß noch die Erhöhung der Opferrenten durch die Verbesserung des Kriegsopferversorgungsgesetzes.

Die Verbesserung erfordert immerhin einen ganz namhaften Betrag. Bei den Renten werden es 6 bis

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

7 Millionen sein und bei den Entschädigungen vielleicht auch noch 2 Millionen. Es handelt sich also insgesamt um einen Betrag noch für das heurige Halbjahr ab 1. Juli von 8 bis 10 Millionen. Er wird im nächsten Jahr rund 18 Millionen ausmachen und im Jahr 1974 vielleicht bis zu 22 Millionen ansteigen, wobei die normale Dynamisierung der Renten nicht berücksichtigt ist.

Es handelt sich hier also um ganz namhafte Beträge, die vom Finanzminister — zum Unterschied von seinen Vorgängern — für die Opfer des Faschismus aufgebracht werden, es handelt sich aber um sehr berechnete Forderungen.

Die Opfer des Faschismus werden diese Novelle besonders würdigen — das hat ja schon die Diskussion vorher gezeigt —, und diese Menschen werden dem Herrn Sozialminister wirklich für diese Initiative ehrlich Dank sagen.

Dieser Personenkreis und darüber hinaus auch diejenigen, die in der Widerstandsbewegung tätig waren, haben nicht nur ein Anliegen in der Frage der Entschädigung, sie haben ein zweites Anliegen, das sie immer wieder vorbringen, nämlich, daß sich all das, was sie von 1934 bis 1945 an Brutalitäten, an Grausamkeiten erlebt haben, nicht wiederholt.

Zunächst begrüßt dieser Personenkreis den Beschluß des Nationalrates vom 15. März dieses Jahres, mit dem das Internationale Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung genehmigt wurde. Österreich tritt damit in den Kreis jener 60 Staaten, die dieses Internationale Übereinkommen bereits ratifiziert haben. Es wird darüber hinaus die Durchführung dieses Übereinkommens notwendig sein, das wird sicher bei der Beratung des Strafrechtsgesetzes, des neuen Strafrechtes, möglich sein.

Es wird auch begrüßt, daß im neuen Strafgesetz der § 290 gegen Verhetzung enthalten ist, der nicht nur gegen die Verhetzung bei kirchlichen Einrichtungen gerichtet ist, sondern auch gegen rassistische, nationale Verhetzung. Dieser Paragraph wird sicherlich dem Internationalen Übereinkommen entsprechend angepaßt werden. Es handelt sich um sehr begrüßenswerte Neuerungen, das sind alles Dinge, die wirklich fortschrittlich auf diesem Gebiet sind.

Dagegen gibt es sicherlich auch einige Erscheinungen, mit denen man weniger einverstanden sein kann, gegen die man versucht, einzuschreiten. Ich denke hier an jene aus Deutschland eingeschleuste, aus Deutschland kommende Presse, die im Aussehen und im Inhalt, man kann sagen, fast ein getarnter „Völkischer Beobachter“ ist. Wenn man sie liest, merkt man ganz genau, daß hier die alte Hetze betrieben wird. Wir würden es sehr begrüßen, wenn im Zuge der Strafrechtsreform hier doch mehr Möglichkeiten gefunden würden, die das Einsickern dieser Hetzpresse verhindern.

Man muß auf die Menschen hören, die mit Recht sagen: Man müsse den Anfängen wehren! Denn in der Ersten Republik hieß es auch: Das ist keine Gefahr, so lange, bis die Demokratie beseitigt war, so lange, bis die Menschen in den Konzentrationslagern starben. Selbstverständlich verstehen es die Menschen, die Opfer des Faschismus wurden, nicht, wenn hier im Hohen Hause selbst bei einer Debatte antisemitische Zwischenrufe fallen.

Es kann jemand einmal in der Erregung irgend etwas rufen, aber man darf nicht versuchen, das dann nachher noch sozusagen zu entschuldigen. Ich habe eben wenig Verständnis, wenn einer ihrer Abgeordneten schreibt: „Wenn es in Österreich einen Antisemitismus gibt, dann sicher nur im geringsten Ausmaß und vielleicht in jener gemütlichen Form, wie sie mit dem Namen Dr. Karl Lueger verbunden ist.“

**Gedenkstätte für die Opfer des
österreichischen Freiheitskampfes
Wien 1, Saltorgasse 6**

Besuchszeiten:

**Montag: 14 bis 18 Uhr
Donnerstag: 8 bis 12 Uhr
Samstag: 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr
Sonntag: 9 bis 12 Uhr**

Und das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen — ich verstehe diese Äußerung nicht! Es ist die ‚gemütliche Form‘ des Antisemitismus, sie hat geendet in den KZ, sie hat geendet in den Gaskammern des Dritten Reiches.

Zu den unangenehmen Erscheinungen gehören auch die Schmieraktionen gegen die Gastarbeiter. Man braucht ja nur das Wort vorne auszuwechseln, dann hat man den alten Zustand. Es wird auch von denen geschmiert, die zu diesem Kreis gehören, zu dieser Presse; er ist zwar nicht groß, aber trotzdem, wie man sieht, gibt es da eine neue Gefahr. Man hat eben das Objekt der Aggression gewechselt. Waren es früher antisemitische Schmieraktionen, so bringt man sie jetzt gegen die Gastarbeiter vor. Ich glaube, in diesem Hohen Hause dürften wir uns doch einig sein, daß die Menschen, die wir nach Österreich zur Arbeit einladen, um die wir uns bemühen, hier sehr viel leisten, daß manche Industrie- und Gewerbebranche ohne diese Gastarbeiter heute gar nicht mehr bestehen könnten und daß es nicht möglich ist, diese Schmieraktionen, die Aggressionen gegen die Gastarbeiter, zu übersehen und nicht darüber zu reden. Den Anfängen wehren, das ist das Wichtige! Daher darf man das nicht übersehen.

Österreich kann stolz darauf sein und sollte es sein, daß es eine so große Zahl von Menschen hat, die in den schwierigen Jahren gegen die faschistische Barbarei Widerstand geleistet haben, die Verfolgung und Not auf sich genommen haben und mit großem Mut für ihre Ideen und für die Demokratie eingetreten sind.

Sie haben damit einen ganz gewaltigen Beitrag für das Wiedererstehen Österreichs und für die österreichische Demokratie geleistet. Wenn wir heute eine gesicherte Demokratie haben, dann muß man sagen: Diese Menschen haben einen gewaltigen Beitrag dazu geleistet. Sie haben daher ein Recht darauf, daß wir sie erstens für ihre Opfer entschädigen und daß wir zweitens ihre Mahnungen auch hören. Wir dürfen nicht darüber hinweggehen.“

Genosse Skritek nahm dann noch zur Frage des Hilflosenzuschusses Stellung. Er führte dazu unter anderem aus:

„In der Novelle zum Kriegspopferversorgungsgesetz wurde eine Änderung vorgenommen, die auch im Opferfürsorgegesetz beachtet werden sollte, da ja diese beiden Gesetze in dieser Frage immer wieder gleichgelaufen sind; es handelt sich um den Hilflosenzuschuß.

Um diese gleiche Behandlung zu ermöglichen, erlaube ich mir nachstehenden kurzen Antrag einzubringen:

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

Empfänger einer Unterhaltsrente, die keinen Anspruch auf Pflege(Blinden)zulage (§§ 18, 19 des Kriegspopferversorgungsgesetzes 1957) haben, und Empfänger einer Beihilfe (Abs. 7) erhalten, wenn sie derart hilflos sind, daß sie ständig der Wartung und Hilfe bedürfen, eine Zulage in der Höhe des gemäß § 105 a Abs. 2 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes jeweils festgesetzten Mindestbetrages für den Hilflosenzuschuß.“*

Die Rede unseres Genossen Otto Skritek wurde immer wieder durch den Beifall der sozialistischen Abgeordneten unterbrochen; wir schließen uns diesem Beifall an und danken unserem Genossen Skritek dafür, daß er immer bereit ist, unser Wortführer im Parlament zu sein.

Wir schließen uns aber auch besonders dem Dank an, den Genosse Otto Skritek unserem Genossen Ing. Rudolf Häuser ausgesprochen hat. Beide Genossen, sowohl Genosse Häuser als auch Genosse Skritek, haben die Konzentrationslager des Dritten Reiches selbst kennengelernt; sie waren beide jahrelang inhaftiert.

* Der Mindestbetrag für den Hilflosenzuschuß nach dem ASVG beträgt 745 S. Das bedeutet, daß der Hilflosenzuschuß, der nach den Bestimmungen des OFG in der Höhe von 692 S gewährt wird, auf 745 S erhöht werden soll. Dem Antrag wurde vom Nationalrat zugestimmt, die Änderung in der Novelle vorgenommen.



Julius Braunthal

Genosse Julius Braunthal, der langjährige Generalsekretär der Sozialistischen Internationale, ist im Alter von 81 Jahren in London gestorben.

Julius Braunthal, 1891 in Wien geboren, war gelernter Buchbinder und wurde von Genossen Otto Bauer als Journalist zur eben erstehenden sozialdemokratischen Presse gebracht. Nach dem Ersten Weltkrieg, den Braunthal in Rußland und dann in Italien mitmachte, um schließlich beim Matrosenaufstand von Cattaro eine beachtliche Rolle zu spielen, wurde er engster Mitarbeiter des damaligen Staatssekretärs für Heerwesen, des Genossen Julius Deutsch.

Nach seiner Rückkehr zum Journalismus wurde er Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ und gründete schließlich das „Kleine Blatt“, das in den späten zwanziger Jahren eines der erfolgreichsten Blätter seiner Art war. Bei der Machtergreifung des Austrofaschismus im Februar 1934 wurde auch Braunthal verhaftet, und er mußte für ein Jahr ins Gefängnis. Nach seiner Freilassung ging er nach Brüssel und arbeitete im Sekretariat der Zweiten Internationale; 1936 übersiedelte er nach England.

Er wurde außenpolitischer Redakteur der eben von Cripps gegründeten „Tribüne“ und kehrte nach einer kurzen Tätigkeit als Sekretär der Internationale in Brüssel beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges neuerlich nach London zurück, wo er eine rege publizistische Tätigkeit entfaltete. Mitten im Krieg setzte er sich mit einem mutigen Buch, „Need Germany survive?“, für das andere Deutschland ein.

Bei der Wiedererrichtung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt im Jahre 1951 wurde Genosse Braunthal dann deren erster Sekretär und blieb dies bis 1956. Dann machte er sich an die Aufgabe, eine Geschichte der Internationale zu verfassen. Die drei Bände dieser Geschichte wurden zu einem Denkmal der Bemühungen und Leistungen der internationalen sozialdemokratischen Bewegung, der Braunthal sein Leben lang gedient hat.

Bei seinem 80. Geburtstag im Vorjahr stand Genosse Julius Braunthal auch in Wien im Mittelpunkt zahlreicher Ehrungen. Vom Bundespräsidenten wurde ihm damals der Titel Professor verliehen, und der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer überreichte ihm die Otto-Bauer-Plakette**. In einer Gedenkstunde, die der Bund gemeinsam mit der Bildungszentrale der Partei am 26. Mai 1972 im „Haus der Begegnung“ in Wien-Döbling veranstaltet, wird Genosse Manfred Ackermann Leben, Wirken und Vermächtnis Braunthals nochmals würdigen.

Julius Braunthal bestattet. Genosse Julius Braunthal wurde am Mittwoch, dem 3. Mai 1972, in London zu Grabe getragen. An den Trauerfeierlichkeiten nahmen neben Vertretern der Labour Party Vertreter der sozialistischen Parteien in Israel, Holland, Malaysia, Italien und Deutschland teil. Österreich war durch einen Botschaftsangehörigen vertreten.

SI-Sekretär Janitschek gedachte in einer kurzen Trauerrede der Verdienste des Verblichenen und legte im Namen der Sozialistischen Internationale am Grabe Braunthals einen Kranz nieder.

* „Soll Deutschland überleben?“

** Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Sondernummer, Juni 1971, Seite 30.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet: Franz Blaha, Robert Blau, Walter Hacker, Josef Hindels, Rudolfine Muhr, Rudolf Trimmel.



Ein Brief aus Australien

Von den vielen Briefen, die uns während der Weihnachtszeit und aus Anlaß des Jahreswechsels mit allen erdenklich guten Wünschen zugegangen sind und in denen vor allem unsere Genossinnen und Genossen im Ausland ihrer Freude, Zuversicht und Hoffnung Ausdruck verliehen haben, daß das neue Jahr im Zeichen der ersten sozialistischen Regierung beginnt, die wir in Österreich haben, wollen wir hier einen Auszug aus einem Brief veröffentlichten, der aus dem fernen Australien zu uns gekommen ist.

Liebe Brüder!

Vielen herzinnigen Dank für Euren lieben Brief und die zwei Kerzern, die ich so wie all die Jahre vorher anzünden will. Dabei werde ich derer gedenken, die für Freiheit und Menschenrecht eingetreten sind, gekämpft und sogar ihr Leben gegeben haben: In den letzten Kriegen, im Februar 1934, während der Nazizeit und auch aller anderen Zeiten, in denen Menschen aufgestanden sind für denselben Gedanken. Es ist gut, wenn man von Zeit zu Zeit über all die Menschen hört, die gekämpft haben, gut für uns alle und besonders auch für unsere Jungen. Gerade die Jugend sucht in dieser Zeit das neue, spannende, aufregende und aufwühlende Erlebnis. Wenn sie nichts findet in allem, was sie versucht, dann ist sie verzweifelt und wirft alles von sich! Warum? Die jungen Menschen bekommen auf ihre Fragen keine befriedigende Antwort; oder wenn sie eine Antwort bekommen, dann ist sie ausweichend, verträöstend und aufschiebend.

Generationen vor uns war das anders. Meines Vaters Mutter wußte schon auf alle solchen Fragen recht gute Antworten zu geben. Schon in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat sie trotz einer großen Familie — von den vielen Kindern sind neun am Leben geblieben — schon damals in verbotenen Büchern von Freiheit und Menschenrecht gelesen. Dabei mußten diese Bücher natürlich versteckt gehalten werden. Und so lehrte sie ihren Kindern, jeden Menschen zu lieben und nie zu fragen, welcher Hautfarbe, welcher Religion und welchen Standes er sei. „Wir sind alle Brüder“, sagte sie oft zu mir, „die kommen und zu unserer bestimmten Zeit alle den gleichen Weg gehen. Religionen machen dumm und führen nur dazu, unbrüderlich zu handeln.“

Nur das Wissen macht uns frei, nimmt uns die Furcht. Wenn wir das einmal wissen, dann haben wir die Kraft, den Mut und die Freude für das Leben, für die Liebe und die Zeit für die vielen, die uns brauchen, für die große Schönheit ringsherum. Ja wir lernen eigentlich, nur das Schöne zu suchen und zu finden.

Wer will Gastgeber für einen Studenten aus Frankreich sein? Die Verfasserin eines im Jahre 1971 in London erschienenen Buches über die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, Frau Evelin B. LeChene, möchte ihren 16jährigen Sohn, der Student ist, nach Österreich bringen, damit er Land und Leute kennenlerne und seine deutschen Sprachkenntnisse verbessern kann.

Der Vater des jungen Studenten war seinerzeit selbst französischer Häftling im KZ Mauthausen. Darum möchten er und seine Frau natürlich gerne, daß ihr Sohn bei einer österreichischen Familie untergebracht werden könnte, die selbst ein Opfer des Nationalsozialismus geworden ist.

Wenn sich daher unter unseren Genossinnen und Genossen jemand fände, der den jungen französischen Studenten im Monat Juli bei sich als Gast aufnehmen möchte, dann bitten wir, uns zu verständigen oder sich gleich an das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien I, zu wenden.

Schon als kleine Kinder haben meine Schwester und ich meinem Vater geholfen, die „Volkstribüne“ auszutragen. Unser Vater hatte uns schon damals gesagt, wir täten das, denn alle Leute, zu denen wir gegangen sind, seien unsere Brüder im Kampf um die Freiheit. So, liebe Genossen, ist der Freiheitsgedanke schon mit uns aufgewachsen. Unser Vater sagte uns ein ganzes Leben lang immer wieder: „Fragt nie, was bekomme ich dafür, wenn ich das oder jenes für jemand gebe oder für jemand mache.“ Er dachte niemals an sich selber.

Versuchen wir aber vor allem uns selbst zu verstehen; ich bin heute über 70 Jahre alt und tue das noch immer, so gut ich eben kann. Denn nur dann werden wir alle Brüder verstehen lernen und in der Lage sein, jeden wirklich zu lieben. Laßt mich zum Schluß noch einen kleinen Wunsch in englischer Sprache hinzufügen:

I wish you more than what the world calls fortune and success.

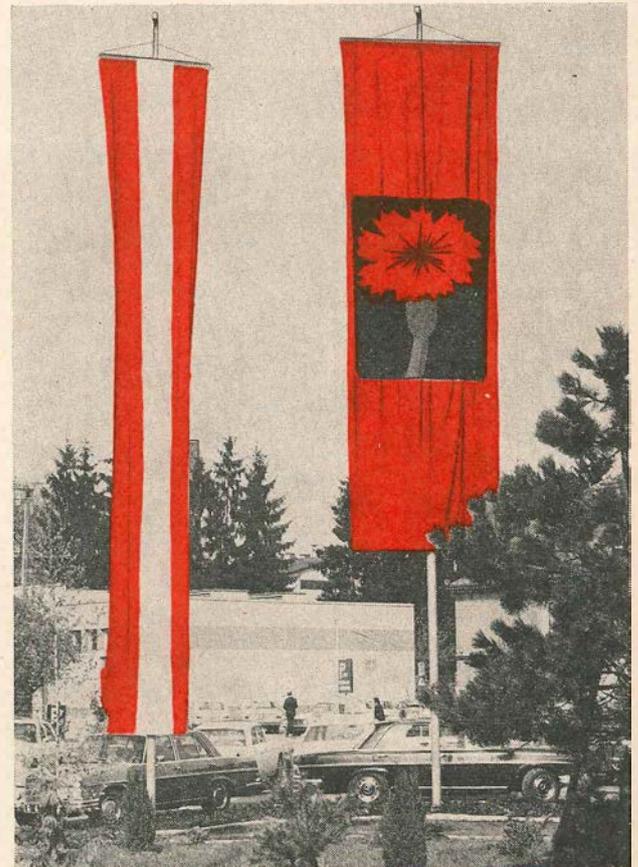
I wish for you the priceless gift of inward happiness: a never failing joy in life!

Whatever time may bring — may you have the power to see the best in everything!

*In Freundschaft und brüderlichem Gedenken an alle
Eure Helene B. Concord, N. S. W)*

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweizeilig) abzufassen und den Bogen Papier immer nur einseitig zu beschreiben.

Neue Fahne in Villach?



Der Parteitag in Villach zeigte keine Symbole der Partei mehr; kein Parteiabzeichen, keine drei Pfeile, keine roten Nelken. Neben rotweißroten Fahnen gab es viel Flagenschmuck in den Farben der Bundesländer. Lediglich vor dem Kongreßhaus, in dem der Parteitag 1972 tagte, war diese rot-schwarze Fahne gehißt...

Aus dem Wiener Landesverband

Die Bezirke berichten:

Leopoldstadt

Sammlung aller Mai-Abzeichen ab 1890. Der frühere Wiener Gemeinderat Genosse Robert Erber, der schon 60 Jahre lang im 2. Bezirk tätig ist, stellte eine Sammlung aller Mai-Abzeichen seit dem Jahre 1890 zusammen. Diese seltene Sammlung, die auch ein wertvoller Beitrag zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung ist, wurde nun von Genossen Erber der SPO Leopoldstadt geschenkt.

*

Hans Stöckner †. Das unerwartete Ableben unseres Genossen Hans Stöckner hat in den Organisationen unseres Bezirkes eine große und nur schwer zu schließende Lücke hinterlassen. Sein Lebensweg war durch viel Leid und Entbehrung gekennzeichnet. So mußte er seiner Überzeugung wegen nach schwerer Verwundung im Jahre 1934 schweren Kerker erdulden und wurde dann in Wöllersdorf interniert.

Im Zuge der Ereignisse des Jahres 1938 flüchtete Genosse Hans Stöckner in die CSSR. Es gelang ihm, vielen rassistisch und politisch Verfolgten zur Flucht aus dem Bereich des Hitlerregimes zu verhelfen. Nach der gewaltsamen Besetzung der CSSR wurde Genosse Stöckner verhaftet und in das Pangrác-Gefängnis in Prag eingeliefert, später schließlich nach Wien transferiert. Er wurde zu einem Strafbataillon versetzt, verwundet und an der Ostfront gefangengenommen. Erst Ende 1947 kehrte er schwer gezeichnet aus russischer Kriegsgefangenschaft heim. Schon im Jänner 1948 war er aber wieder tätig und widmete sich als Leiter der Sektion IX mit aller Energie den damals schwerwiegenden Problemen der SPO in der Leopoldstadt. Aber nicht nur politische, sondern auch die großen menschlichen Probleme bewegten ihn außerordentlich. Er war auf sozialem Gebiet unermüdlich tätig und half vielen Bedürftigen. Und obwohl Genosse Stöckner in der Vorkriegs- und Kriegszeit schwere körperliche und seelische Schäden erlitten hatte, widmete er sich unermüdlich und selbstlos den Sorgen seiner Umgebung.

Sein früher Tod wird von allen, die ihn kannten, zutiefst bedauert. Wir werden ihn „Niemals vergessen!“

Wieden

Otti Schorsch †. Unerwartet ist unsere tapfere Kampfgefährtin Genossin Otti Schorsch am Samstag, dem 1. April 1972, verstorben; sie war lange Jahre Obmann der Volkshilfe Wieden und eine stets hilfsbereite Funktionärin.

Am Dienstag, dem 11. April, fand um 14.30 Uhr in der Feuerhalle Wien-Simmering unter zahlreicher Beteiligung ihrer Bekannten und vieler Freunde, Funktionäre und Mitglieder der Partei und der Freiheitskämpfer die Einäscherung statt. Bezirksvorsteher Genossin Herma Nothelfer hielt der Verstorbenen einen tiefempfundenen Nachruf. Bezirksobmann Genosse Franz Markz sprach im Namen der Bezirksgruppe Wieden des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus das Beileid aus. Die sozialistischen Freiheitskämpfer werden den Einsatz und die Opferbereitschaft unserer Genossin Otti Schorsch niemals vergessen und ihr ein immerwährendes Angedenken bewahren. Liebe Otti, zum Abschied sagen wir dir nochmals herzlich „Freundschaft!“.

Neubau

Mitgliederversammlung. Die Bezirksgruppe Neubau hielt am Mittwoch, dem 12. April 1972, im Bezirkssekretariat der SPO Neubau eine Mitgliederversammlung ab, bei der auch einige Mitglieder für ihre Verdienste um den Freiheitskampf der österreichischen Sozialdemokratie geehrt wurden.

Der Obmann der Bezirksgruppe Genosse Willy Jeindl eröffnete die Versammlung mit der Begrüßung der anwesenden Genossen. Insbesondere begrüßte er den Ehrenobmann der Bezirksorganisation Genossen Hans Binder, den Bezirksobmann Genossen Hans Brosch sowie den Bezirksvorsteher

Genossen Walter Wana herzlich. Genosse Jeindl gedachte sodann unserer von den Faschisten hingerichteten Genossen, insbesondere der Genossen Karl Dluhosch und Karl Bazelt, mit denen er bis zu ihrer Verhaftung illegal zusammengearbeitet hatte. Er sprach auch bewegte Worte des Gedenkens für die Genossen, die in einem der vielen Konzentrationslager ermordet wurden, die in der Emigration zugrunde gingen und schließlich für jene Genossen, die den Tag der Befreiung zwar erleben konnten, aber seither von uns gegangen sind. Nach einer Trauerminute, die dem Andenken unserer unvergessenen toten Freunde gewidmet war, ergriff Genosse Köbel das Wort, um einen Bericht über die am 29. und 30. Jänner 1972 abgehaltene Arbeitstagung und der Feierstunde anlässlich des 25jährigen Bestehens des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer zu bringen.

Genosse Köbel berichtete insbesondere über die Referate der Genossen Dr. Christian Broda und Otto Rösch sowie der sich daran anschließenden Diskussionen, bei denen immer wieder die Neonazistischen Provokationen und das Verbot der „National-Zeitung“ zur Sprache kamen. Genosse Köbel berichtete weiters über das Referat des Genossen Bernstein, das sich mit der 22. Novelle des Opferfürsorgegesetzes beschäftigte, sowie über die darauffolgende Debatte, bei der zahlreiche Anfragen gestellt wurden, die Genosse Bernstein bereitwillig und erschöpfend beantwortete.

Nach Abschluß der Berichte und einer kurzen Diskussion überreichte Genosse Jeindl die vom Bundesvorstand verliehenen goldenen Abzeichen an die Genossin Margit Czernetz, die Genossen Franz Humer, Moses Quastler und Eugen Skala. „Ich freue mich, liebe Genossinnen und liebe Genossen“, sagte er, „Euch heute das Euch vom Bundesvorstand der Sozialistischen Freiheitskämpfer verliehene goldene Abzeichen überreichen zu dürfen. Ihr gehört zu denen, die nie davor zurückscheuten, wenn es galt, für ihre Überzeugung einzutreten. Seit Eurer frühesten Jugend habt Ihr als Funktionäre unserer Partei gewirkt; und als der Faschismus die Demokratie zerschlug, habt Ihr ungeachtet Eurer eigenen Sicherheit und Eures Lebens der Partei die Treue gehalten und illegal unsere Ideen weiterverbreitet und hochgehalten. Auch die Verhaftungen, das Zuchthaus, das Konzentrationslager und die Emigration konnten Euch nicht brechen. Als nach der Befreiung vom faschistischen Joch unsere Partei wieder ins Leben gerufen wurde, da setztet Ihr Eure politische Arbeit gleich wieder dort fort, wo man Euch gezwungen hatte aufzuhören. So stolz und glücklich Ihr in der Jugend gewesen seid, der Sozialdemokratischen Partei anzugehören, so stolz und glücklich seid Ihr auch heute noch, unserer Partei dienen zu können. Wir danken Euch für Eure Treue!“

Zum Abschluß der Versammlung aber appellierte Genosse Jeindl noch an alle Sozialisten, uns zu helfen, damit das, wofür wir gekämpft haben, für das so viele unserer Genossen gestorben sind, zu verteidigen und zu erhalten: Frieden, Freiheit und Wohlstand. Nur dann können wir am 12. Februar und am 1. November, wenn wir zum Mahnmahl gehen, um unserer gefallenen Genossen zu gedenken, mit ruhigem Gewissen sagen: Eure Opfer, liebe Freunde, waren nicht umsonst, wir werden Euch „Niemals vergessen!“ Mit einem herzlichen „Freundschaft!“ wurde dann die Versammlung geschlossen.

Simmering

Jahresversammlung: Die Jahresversammlung der Bezirksgruppe fand am 24. März 1972 statt. In seiner Begrüßung konnte Genosse Ladislaus Zib unsere Genossin Rosa Jochmann, den Bezirksobmann der SPO Simmering Genossen Josef Kostecky und andere Funktionäre unseres Bezirkes besonders willkommen heißen.

Nach dem Totengedenken an zwei verstorbene Genossen und aktive Freiheitskämpfer hielt Genosse Zib einen Rückblick über die Arbeit während des Jahres 1971. Unser Mitgliederstand konnte erhöht werden. An der Pilgerfahrt zu den Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager des Dritten Reiches, Bergen-Belsen, Hamburg-Neuengamme, Ravensbrück, Sachsenhausen, Oranienburg, Heidefriedhof-Dresden und Theresienstadt vom 5. bis 13. Juni 1971 nahmen auch Simmeringer Genossinnen und Genossen teil. Genosse Zib berichtete weiter über eine neue geplante Autofahrt.

Einen Punkt des Berichtes unseres Obmannes nahmen die Anträge der Sozialistischen Freiheitskämpfer zum Parteitag der SPO ein: Verbot der Nationalzeitung, 5 Jahre Faschismus in Griechenland, Das Problem NDP — Gastarbeiter und der

9. Juni 1972 — Gedenken an Lidice

Anlässlich der 30. Wiederkehr des Tages, an dem Lidice von den Nazis brutal und grausamst vernichtet wurde,

veranstaltet die Österreichisch-Tschechoslowakische Gesellschaft am Donnerstag, dem 8. Juni 1972, um 19 Uhr eine Gedenkfeier

im Gewerkschaftshaus Wien 4, Treitlstraße 3, die frei zugänglich ist.

Eintrittskarten sind schon jetzt bei uns erhältlich.

Nach einer kurzen Begrüßung und Würdigung des historischen Geschehens werden die beiden Filme „Ballade über die Rose“ und „Das Attentat“ gezeigt, die Lidice und das Attentat auf Heydrich zum Inhalt haben.

Die Lidice-Gedenkfeier ist uns allen eine Herzensangelegenheit.

Das Mauthausen-Museum

Die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen sind zu folgenden Zeiten geöffnet:

16. Jänner bis 30. April: täglich von 8 bis 17 Uhr
1. Mai bis 30. September: täglich von 7.30 bis 17.30 Uhr
1. Oktober bis 15. Dezember: täglich von 8 bis 17 Uhr

Das Museum Mauthausen ist auch an Sonntagen zu den gleichen Besuchszeiten allgemein zugänglich.

Standort des Sozialismus in unserer Gesellschaft. Der Sturmangriff der Nazi auf das Simmeringer Arbeiterheim und die Ermordung von Rayonsinspektor Karl Tlasek am 16. Oktober 1932 wurde ebenfalls im Bericht erwähnt. Geplant ist eine Gedenkfeier zum 40. Jahrestag des Überfalls.

Eine kleine Ausstellung während der Jahresversammlung zeigte den Anwesenden Dokumente und Photos über die Ereignisse am 16. Oktober 1932.

Kritisch nahm unser Obmann dazu Stellung, daß gerade am 12. Februar Tanzveranstaltungen der SJ Simmering und des Freien Wirtschaftsverbandes durchgeführt wurden.

Genosse Stefan Achatz brachte den Bericht der Kontrolle und stellte den Antrag, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen: Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Obmann des Wahlkomitees brachte folgenden Wahlvorschlag ein, der einstimmig angenommen wurde:

1. Obmann: Genosse Ladislaus Zib
2. Obmann: Genosse Josef Haas
1. Kassier: Genosse Rudolf Wolf
2. Kassier: Genossin Paula Ihm
Schriftführer: Genosse Herbert Exenberger
Beisitzer: Die Genossen Kurt Schmidt, Walter Spindler und Viktor Zamecnik
Kontrolle: Die Genossen Stefan Achatz und Eduard Riedl

Nun wurde die Ehrung von 18 Genossinnen und Genossen vorgenommen, die mit dem goldenen Abzeichen der Freiheitskämpfer ausgezeichnet wurden. Genossin Rosa Jochmann hielt dazu eine kurze Rede, die uns die Zeit des Kampfes gegen den Faschismus wieder lebendig machte. Der Aufstieg der Arbeiterklasse, der Kampf für Freiheit und Recht in der Ersten Republik, das Urteil im Schattendorfer Prozeß, der Überfall der Nazi auf das Simmeringer Arbeiterheim, die illegale Bewegung der Revolutionären Sozialisten — alle diese Ereignisse rollten vor uns ab. „Jeder Einsatz lohnt sich immer“, und der Hinweis auf Zivilcourage war das zentrale Anliegen ihrer Rede.

Die Ansprache von Genossin Rosa Jochmann wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nach zwei Wortmeldungen war die Jahresversammlung zu Ende.

Meidling

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Meidling hat am 10. März 1972 ihre Jahresversammlung im Parteihaus Rucker-gasse 40 abgehalten. Nach der Begrüßung aller Anwesenden, insbesondere unseres Bezirkssekretärs, Genossen Franz Hradil, gedachte der Obmann Genosse Johannes Cäsar der in den beiden Berichtsjahren verstorbenen Mitglieder.

In seinem Bericht wies dann Genosse Cäsar auf den 25jährigen Bestand des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und somit auch der Bezirksgruppe Meidling hin. Leider hat sich der ehemalige Mitgliederstand von 220 Genossen und Genossinnen inzwischen auf 93 verringert; Versuche, junge Genossen oder unterstützende Mitglieder zu werben, sind in unserem Bezirk leider ohne Erfolge geblieben. In der sehr lebhaften Diskussion wurde von ehemaligen Schutzbundlern kritisiert, daß sie bisher noch immer nicht anerkannt seien. Es kam auch das hinterhältige Verhalten der ÖVP-Bünde besonders auf dem Preissektor zur Sprache.

Die Neuwahlen brachten folgendes Ergebnis für den Ausschuß: Johannes Cäsar — Helene Potetz — Otto Derschowitz — Friedrich Laube — Dr. med. Walter Mautner.

Der anschließende Lichtbildervortrag von Frau Fachlehrer Sofie Jahn hat den anwesenden Genossinnen und Genossen viel Freude bereitet.

Hernals

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Hernals hielt am Donnerstag, dem 10. Februar 1972, die Jahresversammlung ab.

Vor Beginn der Jahresversammlung teilte Genosse Blau mit, daß der Obmannstellvertreter der Bezirksgruppe, Genosse Josef Cmejrek, in der vorangegangenen Nacht ganz unerwartet verstorben ist. Die Versammlungsteilnehmer erhoben sich von den Sitzen und Obmann Genosse Robert Blau hielt einen ergreifenden Nachruf:

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir stehen alle unter dem Eindruck der Nachricht, daß unser lieber Genosse Pepi Cmejrek nach einem kurzen schweren Leiden von uns gegangen ist. Wir wollen daher die heutige Jahresversammlung mit einer Trauerkundgebung einleiten.

Es fehlen mir die Worte, diesen treuen, mutigen und verlässlichen Sozialisten zu würdigen. Wer ihn gekannt hat, der weiß, welche Liebe zur Partei ihn zeitlebens beseelt hat und daß er zu jenen Allzeitgetreuen gehörte, die nie nach äußeren Ehren oder Würden gestrebt haben. Er blieb immer bescheiden und im Hintergrund, aber jeder wußte, auf den Pepi kann er zählen. Jede Aufgabe, die er übernahm, erfüllte er bis zur letzten Konsequenz. Hohe und höchste Funktionäre der Arbeiterbewegung waren und sind seine persönlichen Freunde. Pepi Cmejrek war ein lebensbejahender, freundlicher und gütiger Mensch. Er hat nie viel Aufhebens von seiner langjährigen KZ-Haft in Buchenwald gemacht. Er stellte sich niemals als ein Beispiel hin, aber er war allen ein Beispiel des grundständigen braven Funktionärs und Sozialisten.

Unser Mitgefühl wendet sich seiner lieben Frau, unserer Genossin Hella Cmejrek zu. Sie war dem Pepi wahrlich eine gute, liebevolle Weggefährtin. Sie war seine Stütze in den Jahren der Dunkelheit und der Verfolgung. Aber sie hatte auch in dieser schwersten Zeit den Mut, sich für andere einzusetzen, zu helfen, zu warnen, zu verstecken.

Es war daher selbstverständlich, daß im Rahmen der letzten Bundeshauptversammlung das Ehepaar Cmejrek mit der Verleihung der Otto-Bauer-Plakette geehrt wurde. Pepi Cmejrek hat auch vor Jahren die Victor-Adler-Plakette erhalten, und heute sollten er und seine Frau das „Goldene Abzeichen“ überreicht bekommen.

Ein grausames Schicksal hat uns diese Ehrung verwehrt, und so werden wir das Goldene Abzeichen „posthum“ an seine Gattin für unseren Pepi übergeben. Wir versprechen im Sinne unseres lieben Pepi weiterzuarbeiten, seiner Hella jederzeit beizustehen und ihn niemals zu vergessen!

Dann eröffnete der Obmann die Versammlung. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest, begrüßte die Erschienenen, vor allem die Referentin, Genossin Rudolfine Muhr, und den SPO-Bezirksobmann Bezirksvorsteher Josef Veleta, den er ersuchte, einige Worte an die Versammlung zu richten.

Genosse Veleta brachte sein persönliches Interesse — er ist Mitglied des Bundes — für die Aufgaben und Ziele des Bundes zum Ausdruck, wengleich er als junger Mensch die Vergangenheit nur durch Bücher und Berichte kenne. Er versicherte, die Bezirksgruppe so wie bisher zu unterstützen, so weit es nur möglich ist. Genosse Blau dankte für die Begrüßung, vor allem aber auch dafür, daß der Bezirksobmann schon seit dem Vorjahr für die Hernalser Teilnehmer an unserem Schweigemarsch zum Mahnmahl auf dem Zentralfriedhof einen Autobus zur Verfügung stellt. Hernal kann dadurch wesentlich mehr Teilnehmer zu dieser Kundgebung bringen als vorher.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt. Dann wurde das Wahlkomitee bestellt; gewählt wurden die Genossin Elisabeth Schuh sowie die Genossen Alexander Polowiec und Karl Wammel.

Nun gedachte der Obmann der verstorbenen Mitglieder, der Genossinnen Maria Odrada und Olga Siegel sowie der Genossen Heinrich Gastgeb und Josef Petlach, würdigte ihre Verdienste und gelobte, sie niemals zu vergessen.

Nun übernahm Genosse Kromer den Vorsitz und erteilte dem Obmann, Genossen Robert Blau, das Wort zu seinem Bericht.

Bericht des Obmannes über die Jahre 1970/71:

„Unsere letzte Jahresversammlung fand am 5. Februar 1970 statt.

Wir haben ebenso wie die Bezirksorganisation der SPÖ Hernal und auch der Bund eine zweijährige Funktionsperiode.

Sie haben aus meinem Totengedenken ersehen, daß wir vier Mitglieder durch den Tod verloren haben. Daß wir den Mitgliederstand trotzdem erhöhen konnten, ist vor allem der eifrigen Werbetätigkeit unseres Genossen Pepi Cmejrek zu verdanken. Wir wissen aber, daß es in Hernal noch eine Anzahl von Genossen gibt, die bei uns Vollmitglieder werden könnten, und wir wollen natürlich auch vor allem junge Sozialisten als unterstützende Mitglieder werben.

Es gibt ein Wiener Kontaktkomitee, bestehend aus jungen Sozialisten, und ich will heute schon ankündigen, daß Vertreter dieses Kontaktkomitees bei Genossen Veleta als dem Bezirksobmann vorsprechen und ihm die Bestrebungen dieses Kreises junger Sozialisten erläutern und um Unterstützung ihrer Arbeit bitten werden.“

An dieser Stelle möchte ich dem Hernalser Bezirksvorstand sehr herzlich für die Unterstützung unserer Bestrebungen — vor allem für die Bereitstellung des Autobusses für die Fahrt zum Schweigemarsch zum Mahnmahl auf dem Zentralfriedhof — danken. Im Berichtszeitraum nahm die Bezirksgruppe an einer Reihe von Feiern und Aktionen teil: Bei der unvergeßlichen Gedenkfahrt zu ehemaligen KZ- und jetzigen Gedenkstätten in West- und Ostdeutschland und in der CSSR waren es 16 Personen. An der großen Kundgebung im Konzerthaus zur Feier „25 Jahre Befreiung“, an den Schweigemarschen im Februar und am 1. November, besonders zahlreich im Vorjahr, dank der Beistellung eines Autobusses, an der Feier der Enthüllung eines Mahnmahls in Gmünd mit einer starken Gruppe und vielen anderen.

Es gab in dieser Periode einen Protestmarsch gegen die zu befürchtenden Todesurteile in Spanien, einen Protest gegen die antisemitische Welle in Rußland. Wir demonstrierten gegen die Abhaltung einer NDP-Versammlung im Restaurant „Zum Auge Gottes“. Wir hatten Vorgesprachen bei den Ministern Rösch, Broda, Androsch und Häuser, und im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Widerstandskämpfer und KZler wurden die Vorarbeiten für diverse gemeinsame Aktionen und die Forderungen der Novellierung des Opferfürsorgegesetzes erarbeitet und dann auch vertreten.

In der Renten- und in der Opferfürsorgekommission wurden die Interessen der Geschädigten vertreten.

All das ist eine umfangreiche Tätigkeit, oft geleistet oder veranlaßt von nur wenigen. Eine, die alles koordiniert, für alles sorgt, unermüdet mahnt und wenn nötig auch antreibt, das ist unsere Genossin Fini Muhr, der ich hiemit auch namens der Hernalser Freiheitskämpfer für diese Gigantenarbeit herzlich danken möchte. Wir dürfen aber auch sehr stolz darauf sein, daß unsere „Minnerl“ ihr zur Seite steht und großen Anteil an diesen Leistungen hat. Auch ihr dafür unseren herzlichsten Dank, ebenso unseren Dank an alle Mitarbeiter!“

Den Kassenbericht brachte Genossin Hermine Kinder, und Genosse Kal berichtete für die Kontrolle. Er beantragte, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen. Der Antrag der Kontrolle wurde einstimmig angenommen.

Genossin Rudolfiner Muhr gab in ihrem Referat „Der Freiheitskampf ist nicht zu Ende“ einen Überblick über die Geschichte des Freiheitskampfes, der schon in früheren Jahrzehnten begann und bis in die Gegenwart andauert, wenn auch die Beweggründe und die Formen sich vielfach verändert haben. Sie zeigte die Aufgaben und Ziele des Bundes auf, umriß die 25 Jahre seines Bestehens und begründete die Notwendigkeit des Weiterbestehens und der Erweiterung durch Unterstützende Mitglieder, vor allem durch junge Sozialisten, die erfahren müssen, wieso es einst zu den Kämpfen kam, wie sich der grün-weiße und braune Faschismus auswirkte und welche Gefahren in Gegenwart und Zukunft bestehen. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Dann überreichte Genossin Muhr gemeinsam mit Genossen Blau die vom Bundesvorstand verliehenen Goldenen Abzeichen und eine rote Nelke an folgende Genossinnen und Genossen: Franz Blaha, Martha Blau, Fritz Bock, Hans Bock, Hella Cmejrek, Josef Cmejrek (posthum), Luise Dolnicsek, Josef Fidora, Fritz Franke, Josefa Hahn, Willi Kal, Auguste Katz, Julie Los, Ludwig Matzka, Franz Mayer, Johann Nusser, Leopold Pischlöger, Amalie Reiser, Franz Schulz, Karl Wammel, Stefanie Weinzettel und Johanna Zachoval.

Nach der Ehrung erstattete im Namen des Wahlkomitees Genosse Polowiec den Wahlvorschlag. Es wurden folgende Genossen einstimmig gewählt:

- 1. Obmann: Genosse Robert Blau
- 2. Obmann: Genosse Rudolf Kromer
- 1. Kassier: Genossin Hermine Kinder
- 2. Kassier: Genosse Fritz Franke
- 1. Schriftführer: Genossin Johanna Zachoval
- 2. Schriftführer: Genosse Fritz Bock
- Kontrolle: Die Genossen Willi Kal, Rudolf Geiger und Ludwig Matzka

Delegierte zum Bezirksausschuß: Genossin Hermine Kinder

Delegierte zur Bezirkskonferenz: Die Genossin Hermine Kinder und Genosse Robert Blau

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossin Hermine Kinder und Genosse Rudolf Kromer, sowie als Ersatz die Genossen Fritz Bock und Rudolf Geiger

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossinnen Hermine Kinder und Johanna Zachoval, sowie Genosse Rudolf Kromer. Als Ersatz die Genossen Willi Kal und Fritz Franke.

Obmann Blau dankte für die Wiederwahl des Ausschusses und erinnerte an die Abfahrtszeit des Autobusses zum Schweigemarsch am 12. Februar. Er gab auch bekannt, daß noch Anmeldungen für das Wochenendseminar im Hörndwald am 12. und 13. Februar möglich sind. Schließlich dankte er dem Bezirkssekretariat der SPO Hernal, vor allem der Genossin Sölich für die Übernahme der Mitgliedsbeiträge, und schloß die Versammlung mit unserem Gruß „Freundschaft“!

Floridsdorf

Trauer um bewährte Genossen. Die Bezirksgruppe Floridsdorf des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus bedauert den Verlust von zwei langjährigen Mitgliedern, den Genossen Stefan Trost im Alter von 80 Jahren und Johann Wenzel im Alter von 78 Jahren.

Beide Genossen waren Februarkämpfer und Opfer des braunen Faschismus; sie waren lange Jahre Mitarbeiter der Partei und verschiedener anderer Organisationen.

Genosse Robert Blau schilderte in einem ergreifenden Nachruf das Leben unserer beiden Genossen und schloß mit dem Versprechen, daß wir sie niemals vergessen werden.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Korneuburg. Jahresversammlung. Bei der diesjährigen Jahresversammlung der Bezirksgruppe Korneuburg wurden folgende Genossen in den Bezirksgruppenausschuß gewählt:

- 1. Obmann: Genosse Josef Wondrak (2000 Stockerau)
- 2. Obmann: Genosse Franz Sumaric (2000 Stockerau)
- 1. Kassier: Genossin Stefanie Czak (2000 Stockerau)
- 2. Kassier: Genossin Grete Rodler (2100 Korneuburg)
- Schriftführer: Genosse Bernhard Pelizon (2103 Langenzersdorf)
- Kontrolle: Die Genossen Karl Krist (2000 Stockerau), Karl Kosch (2000 Stockerau) und Reinhold Diesner (2100 Korneuburg)

St. Pölten. Jahresversammlung. Unter dem Vorsitz des Genossen Karl Gruber hielt die Bezirksgruppe St. Pölten am Samstag, dem 29. April 1972, ihre Jahresversammlung ab.

Als Gäste konnten unter anderem aus Wien die Genossin Frieda Nödl, aus St. Pölten Bürgermeister Genosse Schickelgruber, der Landesobmann Genosse Leo Lesjak sowie Genosse Erwin Schramm begrüßt werden.

Genossin Frieda Nödl kam in ihrer Begrüßungsansprache auch auf ihre illegale Tätigkeit bei den Revolutionären Sozialisten zu sprechen. Denn es war gerade im Bezirk St. Pölten, wo ihr Schicksal ausgelöst wurde: Während einer Fahrt zu Genossen Otto Bauer, der sich damals in Paris aufhielt, wurde sie knapp vor St. Pölten von der Gestapo aus dem Zug geholt und verhaftet.

Landesverbandsobmann Genosse Leo Lesjak befaßte sich in seinem Referat mit lokalen und landesorganisatorischen Problemen der sozialistischen Freiheitskämpfer.

Bei der anschließenden Wahl in den Bezirksgruppenausschuß wurden folgende Genossinnen und Genossen gewählt:

- 1. Obmann: Genosse Anton Gutleiderer
- 2. Obmann: Genosse Johann Schmid
- 3. Obmann: Genosse Karl Gruber
- 1. Kassier: Genossin Anna Neurath
- 2. Kassier: Genossin Gottfriede Schmalzl
- 1. Schriftführer: Genosse Franz Pesek
- 2. Schriftführer: Genossin Katharina Scholle
- Kontrolle: Die Genossen Josef Karner und Josef Teufel
- Beisitzer: Die Genossen Karl Hellerschmied, Ferdinand Kostal, Rupert Bock, Josef Riedinger und Josef Lehard

Unter anderem wurde auch beschlossen, unsere Sprechstunden ab nun jeden Freitag von 9 bis 11 Uhr im Bezirkssekretariat, Prandtauerstraße 4, abzuhalten.

Oberösterreich

Lin. Gedenkfahrt. Die Linzer Genossen und Genossinnen sowie eine große Anzahl von Gästen fanden sich am Sonntag, dem 30. April 1972, zusammen, um vom Linzer Hauptplatz aus eine Gedenkfahrt zu starten, welche ins KZ Mauthausen und zur Ennsleiten in Steyr führte. Ein anschließendes Beisammensein in Stroheim sollte den Tag abschließen.

Im Konzentrationslager Mauthausen legten die Genossen Fuchs und Hirsch einen Kranz nieder; Genosse Schramayr hielt eine kurze Gedenkrede. Dann ging es weiter nach Steyr, wo die Teilnehmer an der Gedenkfahrt im Gasthaus Gamsjäger vom Bezirksobmann Genossen Mühlböck begrüßt wurden. Anschließend legten die Genossen Fuchs und Hirsch auf der Ennsleiten einen Kranz am Mahnmal für die Opfer des 12. Februar 1934 nieder. Nach einer kurzen Gedenkrede; die Genosse Fuchs hielt, brachte Genossin Rosl Neyder einen Gedenkprolog an die Unsterblichen Opfer.

Um 13 Uhr verabschiedeten wir uns von Steyr und fuhren der letzten Etappe unserer Gedenkfahrt, dem Stroheimer Hof in Stroheim, entgegen, wo bei musikalischen Darbietungen des Genossen Schott vom Arbeitergesangsverein Linz in kameradschaftlichem Beisammensein Erinnerungen ausgetauscht und freundschaftliche Bande erneuert wurden.

Bis 17 Uhr saß man fröhlich beisammen; dann ging es über die Ruine Schaumburg durch das Eferdingerbecken, Aschach und Ottensheim heimwärts nach Linz.

Noch im Autobus dankte Genosse Fuchs unserem Genossen Dametz für die ausgezeichnete Organisation der Gedenkfahrt, und diesem Dank schlossen sich alle Teilnehmer mit Beifall an.

Auf dem Hauptplatz in Linz verabschiedeten sich die Teilnehmer mit dem Wunsche, bald wieder eine solche Gedenkfahrt zu veranstalten, da wir die Erfahrung gemacht haben, daß wir noch immer dieselbe verschworene Gemeinschaft sind, wie wir es in den schweren Jahren der Verfolgung waren. Wir haben uns vorgenommen, diesen kämpferischen Gemeinschaftsgeist zu pflegen, damit unserer Jugend niemals dasselbe Schicksal beschieden sein möge wie so vielen von unseren unvergessenen Kampfgefährten, die wir nicht mehr unter uns haben können, weil sie Opfer einer grausamen, barbarischen Verfolgung geworden sind.

Steiermark

Knittelfeld. Wir gratulieren. Die Landesleitungssitzung des Verbandes Obersteier fand diesmal am Samstag, dem 8. April 1972, im Volkshaus in Knittelfeld statt, da im Anschluß daran der 80. Geburtstag unseres Genossen Rudolf Hopfer aus Knittelfeld gefeiert wurde. Der Obmann des Landesverbandes, Genosse Hermann Lackner, sowie die Genossen August Jaritz und Franz Zechner sowie alle übrigen Funktionäre waren anwesend.

Im Anschluß an die Sitzung wurde Genosse Rudolf Hopfer geehrt, der schon vor 1934 Funktionär der Sozialdemokratischen Partei und des Republikanischen Schutzbundes war. In der Zeit der beiden Faschismen war Genosse Hopfer vielen Verfolgungen ausgesetzt. Er mußte seine Heimatstadt Knittelfeld verlassen und wurde zwangsweise zuerst nach Graz und später nach Deutschland versetzt. In dieser Zeit zog sich Genosse Hopfer ein schweres Leiden zu, an dem er heute noch laboriert.

Dem Jubilar wurden ein Geschenkkorb und Nelken überreicht, und die Genossen dankten ihm für seine Treue zur Partei mit dem Wunsch, daß er noch lange Mitglied unseres Bundes sein möge.

Anschließend fand noch ein gemütliches Beisammensein mit allen Funktionären des Landesverbandes statt.

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien I, Löwelstraße 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 1, Werdertorgasse 9 Jeden 1. u. 3. Mo.
2, Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3, Landstraßer Hauptstraße 96 Mi. 17 bis 19 Uhr
4, Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5, Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6, Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7, Neubaugasse 25 .. Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
8, Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9, Marktgasse 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
10, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
11, Simmeringer Hauptstraße 80 ... Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12, Ruckergasse 40 Mi. 17 bis 18 Uhr
13, Jodlgasse 7/III Do. 17.30 bis 18.30 Uhr
14, Linzer Straße 297 Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr
15, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16, Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17, Röttergasse 29 (Sekretariat der
Mietervereinigung) Mo. 17 bis 18 Uhr
18, Gentzgasse 62 Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr
19, Billrothstraße 34 Di. 17 bis 19 Uhr
20, Raffaelgasse 11 Do. 18 bis 20 Uhr
21, Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 2. Mo.
17 bis 18.30 Uhr
22, Donaufelder Straße 259 Jeden 2. Mo.
18 bis 19 Uhr
23, Breitenfurter Straße 358 Jeden 1. u. 3. Mo.
18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei: Telefon 63 06 71/243

- 1, Postgasse 9, 1. Stock
Fachausschuß Montag bis Freitag
der Sicherheitsbeamten 8 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Baden, Wassergasse 31, Jeden 1. Sa.
Bezirkssekretariat der SPÖ 8 bis 12 Uhr
Mödling, Hauptstraße 42, Jeden 1. Sa.
Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
W. Neustadt, Wiener Straße 42, Jeden 1. Mo.
Bezirkssekretariat der SPÖ 9 bis 11 Uhr
St. Pölten, Prandtauerstraße 4,
Bezirkssekretariat der SPÖ Fr. 9 bis 11 Uhr
Schwechat, Körner-Halle, Jeden 1. Fr.
Bezirkssekretariat der SPÖ 16 bis 18 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Permayerstraße 2,
Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und
Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa.
10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, Zimmer 3, Jeden 1. u. 3. Mi.
Hotel „Schiff“, Hoftrakt 16 bis 18 Uhr
Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di.
Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Arbeiterheim, Zim-
mer 30, Paris-Lodron-Straße 21
Jeden Di. und Fr.
8 bis 10 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13,
Zimmer 17 Jeden 1. Mi.
17 bis 19 Uhr
Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22
Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mi.
(Zimmer 14), Wiener Straße 18 bis 19 Uhr

Tirol:

- Kufstein, Hötendorferstraße 4

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer 11. Juli 1972